

Haltern am See, Sitzung des KUMA am 14.11.2024

Drucks.-Nr. 24/136: Carsharing in Haltern am See.

Die Fraktion B90/ Die Grünen gibt zu Protokoll:

Carsharing in Haltern ausgebremst

Mit der Umsetzung eines Carsharing-Projekts für Haltern wurde die Stadtverwaltung ursprünglich auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.09.2023 beauftragt. Das Projekt hatte eine breite Zustimmung in der Stadtbevölkerung gefunden – alleine mehr als 350 Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an einer entsprechenden Petition - und wurde von der Stadtverwaltung engagiert vorangetrieben. Dafür möchten wir uns noch einmal ausdrücklich bedanken.

Die Stadtverwaltung teil uns in der vorliegenden Drucksache nun mit, dass die Bezirksregierung Münster den Förderantrag für die Einführung von Carsharing in unserer Stadt nicht bewilligen könne, da ein städtischer Eigenanteil im Rahmen der Förderrichtlinie zwingend vorzusehen sei.

Diesen Eigenanteil aus dem städtischen Haushalt in Höhe von im schlechtesten Fall 29.000 € pro Jahr für drei Jahre hatte eine politische Ratsmehrheit aus CDU, FDP und WGH auf Basis eines Ergänzungsantrags der CDU-Fraktion zum ursprünglichen Beschlussentwurf in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Mobilität am 13.06.2024 blockiert. Der Antrag sah vor, dass die „Übernahme eines finanziellen Eigenanteils durch die Stadt“ ausgeschlossen wird. Der Rat ist in seiner Sitzung vom 27.06.2024 der Beschlussempfehlung des KUMA gefolgt. In der Folge hatten sich engagierte Bürgerinnen und Bürger, weitere lokale Akteure sowie eine Gruppe von Mitgliedern des Ortsverbands von Bündnis 90/Die Grünen in einer bisher nicht dagewesenen Initiative dazu verpflichtet, den Ausfall des vorgesehenen städtischen Eigenanteils über Bürgschaften zu kompensieren – ein herausragendes Beispiel für freiwilliges, bürgerliches Engagement zur Realisierung eines wichtigen Projekts. Die Bereitschaft, selbst Verantwortung zu übernehmen und sogar privat mitunter vierstelligen Summen zur Verfügung zu stellen, um ein Carsharing für die Stadtgesellschaft zu realisieren, zeugt von der Bedeutung des Projekts für die Stadt. Die Ablehnung des innovativen Finanzierungsmodells aus formalen Gründen durch die Bezirksregierung und vor allem die mangelnde Kooperationsbereitschaft von CDU, FDP und WGH bei diesem Projekt enttäuscht uns und wir stellen fest: Sie ist unseren Mitbürger:innen auch nicht vermittelbar.

In den letzten Jahren haben wir mit den begrenzten städtischen Mitteln einzelne, wenige Menschen z.B. beim privaten Erwerb von Lastenrädern oder PV-Anlagen (Anträge von CDU und FDP aus 2021) mit insgesamt 38.500 Euro Förderung unterstützt. Das war gut und richtig, auch wir haben für diese Anträge gestimmt. Es kann aber nicht sein, dass nun im Gegenzug ein Carsharing-Projekt, von dem die gesamte Stadtgesellschaft profitiert, wegen eines wahrscheinlich gar nicht in der genannten Maximalhöhe eintretenden finanziellen Risikos in der Startphase, mit dem Hinweis auf eine unwirtschaftliche Subvention abgelehnt wird. Das ist reine Symbolpolitik!